

Stadt Kremmen

TOP:

Beschlussvorlage
Öffentlich :Ja

Amt/Geschäftszeichen
Federführendes Amt :Bauamt

Datum Drucksache-Nr.:01-9-2017
25.01.2017

Beratungsfolge

| Gremium/Ausschuss | Termin | Genehmigung | Stimmverhältnis | J | N | E |
|-------------------------------|------------|-------------|-----------------|---|---|---|
| Bau- und Wirtschaftsausschuss | 07.02.2017 | | | | | |
| Stadtverordnetenversammlung | 09.02.2017 | | | | | |

Betreff:

Beratung und Beschluss: Änderung zum Aufstellungsbeschluss für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 58 "Wohnen und betreutes Wohnen Döringsbrücker Weg" in "Stationäres Wohnen für Menschen mit geistigen Behinderungen und Mehrfachbehinderungen und Wohnen am Döringsbrücker Weg"

Beschlussvorlage

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen beschließt auf Antrag der Vorhabenträgerin den Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 (1) BauGB in Verbindung mit §12(2) BauGB vom 11.12.2014, Beschluss-Nr. 01-76-2015 für die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 58 "Wohnen und therapeutische Praxen Döringsbrücker Weg" OT Hohenbruch, Stadt Kremmen sowie den Beschluss-Nr. 01-64-20 15 für die Änderung zum Aufstellungsbeschluss für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 58 "Wohnen und therapeutische Praxen Döringsbrücker Weg" in "Wohnen und betreutes Wohnen Döringsbrücker Weg" wie folgt zu ändern:

1. Der Titel des aufzustellenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 58 wird geändert in: "Stationäres Wohnen für Menschen mit geistigen Behinderungen und Mehrfachbehinderungen und Wohnen am Döringsbrücker Weg"

2. Das Planungsziel wird wie folgt präzisiert:

Planungsziel ist es, entsprechend dem in der Anlage 1 beiliegenden Vorhaben- und Erschließungsplan der Vorhabenträgerin die planungsrechtlichen Voraussetzungen für stationäres Wohnen für Menschen mit geistigen Behinderungen und Mehrfachbehinderungen einschließlich zugehörige Freiflächnennutzungen sowie für einen Anschluss an die bebaute Ortslage von Hohenbruch durch Wohnnutzungen zu schaffen. Hierfür sollen vorhandene Gebäude genutzt bzw. ersetzt werden. Die hofartige Struktur der bisherigen Bebauung wird erhalten und um einen baulichen Lückenschluss zur bebauten Ortslage von Hohenbruch ergänzt.

3. Das Plangebiet umfasst entsprechend der zwischenzeitlich erfolgten Fortschreibung des katasterlichen Bestandes folgende Flurstücke der Flur 2 Gemarkung Hohenbruch: 505, 507, 508, 509 und 213/4. Es hat eine Größe von ca. 2,14 ha und ist im beiliegenden Lageplan (Anlage 2) dargestellt.

Beratungsergebnis:

| | | |
|----------|-------------|-----|
| Gremium: | Sitzung am: | TOP |
|----------|-------------|-----|

| | | | | |
|-----------------|---------------|---------|-----------|--------------|
| Anz. Mitgl. :19 | dav. anwesend | Ja..... | Nein..... | Enthalt..... |
|-----------------|---------------|---------|-----------|--------------|

| | |
|-------------------------|--------------------------------------|
| Laut Besch.vorlage..... | Abweichender Beschl.(Rückseite)..... |
|-------------------------|--------------------------------------|

eingbracht durch :Bürgermeister
Bearbeiter :Frau Susanne Tamms

.....
Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Problembeschreibung/Begründung

Aus folgenden Gründen macht sich eine erneute Änderung des Aufstellungsbeschlusses für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 58 erforderlich:

Der Vorhabenträger hat zwischenzeitlich seine Planungsabsicht vertieft (siehe Anlage 1). Im Ergebnis wurde die Darstellung des geplanten Ersatzneubaus für das bisherige Stallgebäude (Gebäude 1) konkretisiert.

Entsprechend dem geplanten Vorhaben ist die bisherige Bezeichnung "betreutes Wohnen" im sozialrechtlichen Sinne aus folgendem Grund nicht der sachgerechte Begriff in Bezug auf das geplante "stationäre Wohnen für Menschen mit geistigen Behinderungen und Mehrfachbehinderungen":

"Betreutes Wohnen" schließt auch Wohnformen des teilweise selbständigen Wohnens mit ein. Im vorliegenden Fall ist jedoch ein Wohnangebot für Menschen geplant, die einer Betreuung rund um die Uhr bedürfen. Diese spezielle Betreuungsform wird als "stationäres Wohnen" bezeichnet.

Zugleich wurde der katasterliche Bestand im Plangebiet angepasst. Eine Teilfläche des Döringsbrücker Weges und eine Teilfläche des Südgrabens, die ursprünglich auf den Flurstücken des Vorhabenträgers lagen, liegen durch Grenzanpassung nun außerhalb der Vorhabenfläche. Die Flurstücke im Plangebiet wurden zudem neu geteilt. Hierdurch haben sich Flurstücksbezeichnungen verändert.

Alle Kosten, die sich für die Planung, Erschließung und Umsetzung des Vorhabens ergeben, trägt der Vorhabenträger.

.....

.....